

Aus Osten wird Bindung

Wandlungen

In einer Zeit, in der sich alles wandelt, wundert man sich nicht, dass aus der alten «Ostmilliarde» eine «Kohäsions-Milliarde» geworden ist. Diese Wandlung ist nicht einmal schlecht, also gut, denn es wird immer deutlicher, was eigentlich dahinter steckt.

Beim «Klimawandel», um den kurz ins Auge zu fassen, ist der Wandel zu ihm aus der «Klimaerwärmung» die Folge der Tatsache, dass es mit der «Erwärmung» nicht recht klappen wollte.^[1] Daher wandelt sich das Klima wieder, was es schon immer getan hat und seinem Wesen entspricht, abgesehen davon, dass das sich für ihn zuständig haltende Gremium, der sogenannte „Weltklimarat“, ihn in seinen englisch lautenden Namen eingebaut hat.^[7]

Die «Ost-» oder «Kohäsionsmilliarde» hat auch eine Geschichte.

„Die Kohäsionsmilliarde – offiziell Erweiterungsbeitrag (fr. Contribution à l'élargissement, it. Contributo all'allargamento, en. Enlargement contribution), auch Kohäsionsbeitrag – bezeichnet einen Betrag in Schweizer Franken (CHF), welchen die Schweiz gemäss Bundesratsbeschluss vom 31. März 2004 sowie durch Beschluss des Nationalrats und Ständerats vom 24. März 2006 bereit ist, den zehn neuen Staaten der EU (Beitritt per 1. Mai 2004) zukommen zu lassen. Es wurde beschlossen, dass über zehn Jahre der sogenannten Auszahlungsperiode jährlich im Schnitt 100 Millionen Schweizer Franken ausbezahlt werden sollen.“^[2]

Die damals vereinbarte folgende Bestimmung ist wichtig:

Der Erweiterungsbeitrag soll nicht in den Kohäsionsfonds der EU fließen, die Schweiz entscheidet selbst, welche Projekte oder Programme unterstützt werden.^[2]

Sie und ich (ob ich damals abstimmte, weiss ich allerdings nicht mehr) haben dem zugestimmt. Was die zuständigen eidgenössischen Behörden machten, ist vom Volke also abgesegnet worden.

„Rechtliche Grundlage für den Erweiterungsbeitrag ist das Bundesgesetz Ostzusammenarbeit – Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vom 24. März 2006 – das am 26. November 2006 vom Schweizer Stimmvolk gutgeheissen wurde.“^[2]

Verlauf der Wandlungen

Die erste Wandlung, nämlich die von Schweizerfranken in Euro, was diese Milliarde aufgeplustert hat, kann man in Kauf nehmen.

Die zweite macht aus dem offiziellen „Erweiterungsbeitrag“ und der auch offiziellen „Ostzusammenarbeit“ eine Art „Bindungsenergie“, Bindung oder sogar Anbindung der Schweiz an die EU.^[3]

Die dritte bedarf einer etwas genaueren Analyse. Sie hat sich aus dem Streit um das „Rahmenabkommen“ entwickelt. Ich zitiere Dr. Ulrich Schlüer.^[4] Ende 2012 schrieb der damaligen EU-Kommissionspräsident Barroso der Bundesrätin Widmer-Schlumpf einen Brief und forderte – oder schlug vor – ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Der Bundesrat ging anscheinend gleich auf die Bitte ein, das heisst, akzeptierte sie als solche, wahrscheinlich zum Erstaunen der Brüsseler Machthaber, sodass noch eine nachgeschoben wurde, nämlich die Anregung, aus der „Ost-Milliarde“ gleich etwas Anderes, nämlich eine regelmässige Zahlung zu machen.

Der Osten streikt

Womöglich (oder sogar wahrscheinlich) bedurfte es noch eines Szenenwechsels, damit die Überführung der „Ostmilliarde“ in eine Art Verleimung zustande kam, denn dieser „Osten“ streikt. Die „Visegrad-Gruppe“ rebelliert. Sie ist – vor allem, nehme ich an – mit der Migrationspolitik der Europäischen Union überhaupt nicht einverstanden. Der ungarische Ministerpräsident und Vorsitzende der „Fidesz“^[10] ist die Scheibe, auf die Brüssel zielt. Die EU-Kommission fordert sogar, dass diese Partei aus der EVP-Fraktion ausgeschlossen werde.^{[11][12]}

So nach dem Motto: Wer nicht spurt, wird bestraft. Oder: Wer nicht gehorcht, muss ohne Abendessen ins Bett.

Zwischenstand

Die 10 Jahre „Ostmilliarde“ sind 2016 abgelaufen. Am 24.11.2017 schrieb der „Blick“ um 20:37 Uhr: „Gestern besuchte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (62) für einige Stunden die Schweiz. Als der Luxemburger gegen 16 Uhr seine Rückreise antrat, tat er dies mit der Zusicherung im Gepäck, dass die Schweiz einen zweiten Kohäsionsbeitrag in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken an die EU-Oststaaten leisten werde. Bundespräsidentin Doris Leuthard sicherte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Donnerstag einen zweiten Kohäsionsbeitrag in Milliardenhöhe zu.“^{[5][8]}

Aktueller Stand

National- und Ständerat dürfen nun Frau Leuthards Entscheidung noch absegnen, um es etwas bissig zu formulieren.^[9] Das scheint nicht leicht zu sein. In einer Gruppe von knapp 250 Menschen gibt es Ansichten, die widersprüchlicher nicht sein könnten. Die Meinungen reichen von Schutzgeld-Erpressung bis hin zu einem Beitrag der Schweiz für eine friedliche Zukunft. Dazwischen liegt die Behauptung, die satte Milliarde sei „im Interesse der Schweiz und der Preis für den Marktzugang“.^[6] Die „EU dürfe nicht unnötig und wirkungslos provoziert werden“^[6], was man natürlich auch als Aufforderung, ihr zu gehorchen, auffassen kann.

„Schliesslich beschloss der Nationalrat, in diesem Punkt dem Ständerat zu folgen, der bereits eine Bedingung eingebaut hatte: Wenn und solange die EU diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz ergreift, soll kein Geld fließen.“^[6]

Fazit

Solange die EU gegenüber der Schweiz diskriminierende Massnahmen anwendet, gibt's kein Geld. Uns bleibt nur die Hoffnung, dass man solche eventuellen diskriminierenden Massnahmen auch erkennt, öffentlich als solche bezeichnet und nicht versucht, sie als Vorbereitung der „Schweiz für eine friedliche Zukunft“ zu tarnen.

Und das Stimmvolk?

Es stimmte der „Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vom 24. März 2006 am 26. November 2006“ zu. Diese Zusammenarbeit ist anscheinend beendet und soll in eine Art Kohäsion **umgewandelt** werden. Das heisst: **Das Volk muss wieder befragt werden.**

Quellen und Hinweise

[1] «Fifteen-year-long hiatus periods are common in both the observed and CMIP5 historical GMST time series», schrieb das IPCC 2013. Nachzulesen im WG1AR5_TS_FINAL.PDF

Inzwischen hat man uns gesagt, die fehlende Wärme fehle nicht, sondern sei in den Ozeanen untergegangen. Ob das stimmt oder nicht, spielt im Moment keine Rolle, denn es geht um den Wandel an sich.

[2] Wikipedia zu „Kohäsionsmilliarde“. <https://de.wikipedia.org/wiki/Koh%C3%A4sionsmilliarde>

[3] Kohäsion (von lat. cohaerere „zusammenhängen“) steht in der Politik für den Zusammenhalt zwischen einzelnen Staaten und Regionen. Der Begriff wurde maßgeblich von der Europäischen Union entwickelt und fokussiert insbesondere die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftsleistung.

In der Physik ist sie der durch die Kraft der Anziehung bewirkte innere Zusammenhalt der Atome, Ionen oder Moleküle in einem festen oder flüssigen Stoff. (Wikipedia)

[4] Die Schweiz und die EU - Wie weiter?

Ein Vortrag von Dr. Ulrich Schliuer an der 13. AZK-Konferenz. https://www.youtube.com/watch?v=8_fElb0Z8ic

Ich habe ihn kommentiert unter www.vups.ch/WeitereTexte/nov_2016_1.pdf

[5] <https://www.blick.ch/news/politik/schweiz-sichert-eu-zweite-kohaesionsmilliarde-zu-das-muessen-sie-ueber-die-ost-milliarde-wissen-id7645597.html>

[6] <https://bazonline.ch/schweiz/standard/nationalrat-entscheidet-ueber-kohaesionsmilliarde/story/14829126>

[7] IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change; „Change“ bedeutet „Wechsel“ oder auch „Wandel“. Allerdings hatte man nur einen bestimmten im Auge, nämlich jenen hin zur Erwärmung, und die musste katastrophal sein.

[8] Ich weiss nicht, was genau besprochen wurde, und vielleicht weiss es auch der „Blick“ nicht, wenn er schreibt, es sei ein zweiter Kohäsionsbeitrag beschlossen worden, da es einen ersten **überhaupt und ausdrücklich nicht gab.**

[9] Wahrscheinlich war es nicht einmal ihre „einsame“ Entscheidung. In Sachen Schweiz-EU gibt es sehr oft äusserst knappe Resultate. Auch völlige Szenenwechsel kommen vor, sodass Truppen, die man bisher für befreundet hielt, ihre Fahnen wechseln und vor aller Augen zu den Feinden marschieren. Die Haltung der SPS dagegen ist sympatischer. Man weiss, woran man in Bezug auf die EU mit ihr ist, auch wenn man eine völlig andere Meinung dazu hat.

[10] Viktor Orbán. Fidesz – der ungarische Bürgerbund.

[11] EVP-Fraktion im EU-Parlament.

[12] „Ich rate EVP zum Ausschluss von Fidesz“

20. März 2019

EU-Kommissionspräsident Juncker hat seine Forderung nach einem Ausschluss der rechtsnationalen Fidesz-Partei aus der EVP-Fraktion bekräftigt.

https://www.deutschlandfunk.de/eu-kommissionschef-juncker-ich-rate-evp-zum-ausschluss-von.1939.de.html?drm:news_id=988580